



Kanton Zürich  
Baudirektion  
Martin Neukom, Regierungsrat  
Stampfenbachstrasse 12  
8090 Zürich  
Per E-Mail an ammoniak@bd.zh.ch

Zürich, 03.07.2024/fs

## **Stellungnahme der SP Kanton Zürich zum Entwurf zum Massnahmenplan Luftreinhaltung, Teilmassnahmenplan Ammoniak**

Sehr geehrter Herr Regierungsrat, sehr geehrte Damen und Herren

Die SP bedankt sich für die Möglichkeit zur Stellungnahme zum Entwurf zum Massnahmenplan Luftreinhaltung, Teilmassnahmenplan Ammoniak. Zu den vorgeschlagenen Änderungen nehmen wir wie folgt Stellung.

Der Bundesrat schlägt in der aktuellen Botschaft zur Weiterentwicklung der Agrarpolitik eine Reihe von Instrumenten und Massnahmen vor, um die Stickstoffverluste der Landwirtschaft zu senken. Er fordert, die **Effizienz des eingesetzten Stickstoffs zu erhöhen** und, wo dies nicht reicht, die **Intensität zu prüfen**. Damit besteht nicht nur von Seiten des Kantonsrates die Forderung, die Ammoniakemissionen zu reduzieren, sondern auch vom Bund.

Die Massnahmen auf Seiten des Bundes umfassen eine Weiterentwicklung des ökologischen Leistungsausweises, zum Beispiels mittels Düngung gemäss Pflanzenbedarf, mehr Biodiversitätsflächen im Ackerbau, weniger Stickstoff in der Schweinefütterung und Beiträgen für Produktionssysteme, die die Stickstoffverluste senken.

Gemeint sind beispielsweise ein N-effizienter Acker- und Gemüsebau, eine Begrenzung der Rohproteinzufuhr in der Rindviehhaltung oder eine längere Nutzungsdauer von Kühen. Weiter soll die Menge an Hofdünger, die auf einer Fläche ausgebracht werden kann, im Gewässerschutzgesetz stärker begrenzt werden und Beiträge für regionale Massnahmen zur Förderung einer besser an den Standort angepassten Landwirtschaft eingeführt werden. Der Kanton Zürich arbeitet mit dieser Vorlage bereits in diese Richtung. Gleichzeitig sollte die Liste der Massnahmen so gestaltet werden, dass schnell und Anpassungen auf Bundesebene einfließen können.

Zu den in der Vernehmlassung vorgeschlagenen Massnahmen stellen wir fest, dass die Wirkungen auf der Ebene der Effizienz und Intensität zu wenig greifen. Wichtig sind für die SP folgende Anliegen:

- Umgestaltung der Reihenfolge: Die Beratung der Betriebe hin zu einer Standortangepassten Landwirtschaft muss die erste Massnahmen sein und nicht eine der letzten. Hier könnte auch ein Online-Tool für die Selbsteinschätzung der Betriebe angeboten werden.
- Besteuerung der Futtermittel
- Für die Anpassung der Landwirtschaft an einen Standort sollten entsprechende Ziele formuliert werden beziehungsweise die Umsetzung von bis zu vier technischen Massnahmen für alle Betriebe empfohlen und mit Beratung begleitet werden.
- Die Liste der technisch-organisatorischen Massnahmen ist nicht abschliessend und stellt damit den «State-of-the Art» dar. Auch in Zukunft werden immer wieder Massnahmen, die heute in Forschung und Praxis geprüft werden, dazu kommen. Es sollte unbürokratisch möglich sein, Ergänzungen zu machen.
- Kreislaufwirtschaft umsetzen: Dazu gehört die Rückgewinnung von Nährstoffen aus Kläranlagen oder Toilettenanlagen. Heute sind diese Systeme etabliert, der Rückfluss dieser Nährstoffe in die Landwirtschaft findet nicht statt, da andere Quellen günstiger sind. Der Kanton wird aufgefordert, die Verwendung dieser Recycling-Dünger zu fördern und sich beim Bund für eine entsprechende Massnahme einzusetzen.
- Technische Massnahmen, die fehlen, sind die Ansäuerung Gülle (Essig- oder Milchsäure, Pflanzkohle) und die Rückgewinnung von Stickstoff aus Kläranlagen, Begrüntes, kühlendes Stalldach, Beschattung, Berieselung und Verneblung, gedecktes Güllelager, Biogas.
- Forschung für weitere Ansätze sollte möglich sein, zum Beispiel verlängerte Laktation.
- Es werden Anreize für Anpassungen geschaffen, aber keine Sanktionen ausgesprochen, wenn nichts geschieht.
- Wenn Massnahmen verlangt werden, die Betriebsabläufe und Produktionsbedingungen in der Landwirtschaft verändern und mit öffentlichen Mitteln finanziert werden, braucht es zwingend ein Monitoring der Wirkung dieser Massnahmen. Dieses Monitoring sollte einerseits den Rückgang der Emissionen betreffen und andererseits die Akzeptanz und Umsetzbarkeit der Auflagen auf den Betrieben abdecken.

Freundliche Grüsse

**Sozialdemokratische Partei  
Kanton Zürich**

Michèle Dünki-Bättig  
Co-Präsidentin



Jean-Daniel Strub  
Co-Präsident

